Universität des Saarlandes – Fachbereich 14 - Informatik
Rechnerbenutzungsordnung für Studierende
[Stand: 21.4.1995]

1. Geltungsbereich der Benutzungsordnung

Die Rechnerbenutzungsordnung (RBO) regelt die Benutzung der Anlagen des FB14-Informatik (Anlagenbetreiber) durch studentische Benutzer.

2. Zweckbestimmung der Anlagen

Die Anlagen sollen im Rahmen der Aufgaben der Universität in Forschung, Lehre und Studium genutzt werden.
Die Zweckbestimmung umfaßt insbesondere alle Übungen und Praktika zu Lehrveranstaltungen, freies Üben zur Vertiefung, alle Arbeiten im Auftrage des Fachbereichs sowie die Benutzung der Kommunikationseinrichtungen im jeweils zugelassenen Rahmen.
Die einzelnen Verwendungszwecke können vom Betreiber mit Prioritäten und Beschränkungen versehen werden.

3. Zulassung der Benutzer

Die Zulassung zur Rechnerbenutzung wird zu festgelegten Zeiten bei der Rechnerbetriebsgruppe beantragt. Der Antrag wird bei Studenten mit Hauptfach Informatik durch Abgabe eines Formblattes und bei Nebenfachstudenten durch Eintrag in die Teilnehmerliste einer im FB Informatik abgehaltenen Lehrveranstaltung mit Übungen gestellt. Die Zulassung erfolgt durch Vergabe eines Benutzerkennzeichens unter Berücksichtigung der vorhandenen Kapazitäten. Sie kann mit einer Begrenzung von Betriebsmitteln und Diensten und weiteren Auflagen im Rahmen der Zweckbestimmung der Anlagen nach Ziffer 1 versehen werden. Die Zulassung setzt die schriftliche Anerkennung der RBO voraus. Über die Zulassung bzw. Versagung der Zulassung entscheidet der Beauftragte des Fachbereichs für den Rechnerbetrieb (BfR).

4. Pflichten der Benutzer

Der Benutzer verpflichtet sich,

a) die bereitgestellten Betriebsmittel sorgfältig, wirtschaftlich und der Zweckbestimmung entsprechend zu benutzen;
b) das Passwort des ihm zugeteilten Benutzerkennzeichens geheim zu halten und ihm bekannt gewordene Informationen über andere Benutzerkennzeichen nicht weiterzugeben und auch nicht selbst zu benutzen;
c) Maßnahmen zum Schutz vor unbefugter Benutzung seines Kennzeichens zu ergreifen. Der Anlagenbetreiber stellt den Benutzern Informationen über solche Maßnahmen zur Verfügung;
d) alles zu unterlassen, was den ordnungsgemäßen Ablauf der Anlage stört;
e) in den Arbeitsräumen sich so zu verhalten, daß andere Benutzer nicht gestört werden;
f) Störungen, Beschädigungen, Fehler und Sicherheitsmängel an den Anlagen, Geräten, Datenträgern und Programmen unverzüglich dem BfR zu melden und diese nicht auszunutzen;
g) in den Räumen des Anlagenbetreibers sowie bei Inanspruchnahme seiner Geräte, Datenträger und sonstigen Einrichtungen den Weisungen des Personals des Anlagenbetreibers Folge zu leisten;
h) die Rechte und die Person anderer Benutzer zu respektieren;
i) keine falschen Identitäten vorzutäuschen;
j) seine Identität bekannt zu geben, wenn Dienste diese anfordern;
k) dem BfR in begründeten Fällen auf Verlangen Auskünfte über Programme und benutzte Methoden zu Kontrollzwecken zu erteilen sowie Einsicht zu gewähren;

l) lizensierte Software nur nach Absprache mit dem BfR einzuspielen und zu verwenden;
m) personenbezogene Daten nicht zu speichern;
n) keine “Sicherheitsexperimente” (wie z.B. Password-Cracking) vorzunehmen.

Auf die einschlägige Gesetzgebung wird verwiesen (insbesondere betreffend: Copyright, Ausspähen von Daten, Computersabotage, Beleidigungen).

5. Rechte der Benutzer

Der Benutzer hat das Recht,
a) die ihm vom Anlagenbetreiber zur Verfügung gestellten Betriebsmittel (Rechenzeit, Speicher, Geräte, Netze, Räume und Programme) im Rahmen der RBO zu nutzen;
b) auf Beratung und Betreuung durch den BfR im möglichen Rahmen;
c) sich mit Anregungen und Vorschlägen an die BfR zu wenden;
d) auf Beseitigung von auftretenden Störungen durch den BfR im möglichen Rahmen.

6. Spezielle Dienste

Für spezielle Dienste kann der Anlagenbetreiber ergänzende Regelungen treffen.

7. Verfahren bei Verstößen

a) Der Anlagenbetreiber hat bei Verstößen gegen die Benutzerordnung Maßnahmen zu ergreifen, um das Einhalten der Benutzerordnung sicherzustellen.
b) Benutzer, die gegen die RBO verstoßen, werden vom BfR auf den Verstoß hingewiesen.
c) Bei wiederholten oder schweren Verstößen gegen die RBO wird der betroffene Benutzer zeitweise oder dauernd von der weiteren Benutzung ausgeschlossen. Die erforderlichen Entscheidungen trifft der BfR. Aus einem Ausschluß können keine Schadensersatzansprüche des Benutzers geltend gemacht werden.
Verstöße gegen einschlägige Gesetze werden zur Anzeige gebracht.

8. Widerspruch

Über Widersprüche gegen Entscheidungen des BfR nach Ziffern 3 und 7 entscheidet der Fachbereichsrat (FBR).

9. Inkrafttreten

Die RBO tritt mit dem Beschluß des FBR des FB Informatik vom 24.4.1995 zum 1.5.1995 in Kraft.